

Annoucen- Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. S. Alrici & Co. Breitestraße 20. in Grätz bei J. Streisand, in Meseritz bei Th. Matthias, in Breschen bei J. Jadesohn.

# Posener Zeitung.

Neunzigster Jahrgang.

Annoucen- Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. S. Haube & Co., Haase & Vogler, Rudolph Hofe. In Berlin, Dresden, Grätz beim „Invalidendank“.

Nr. 520.

Das Abonnentent auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/8 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Besellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 27. Juli.

Postzeitung des Reiches. Die sechsgehaltene Beilage über: Baum, Pflanzen, Verhältnisse höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer des 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

### Amftliches.

Berlin, 26. Juli. Der König hat den Pfarrer an der Neustädter Gemeinde in Notenburg, R-gierungsbezirk Kassel, Rommel, zum Metropolitan der Pfarreilasse Notenburg ernannt, sowie infolge der von der Gemeinde-Vorsteher und Wahlmännern getroffenen Wahl, den seitherigen Rechtsanwält und Notar Dr. jur. v. Hell aus Frankfurt a. M. als Ersten Bürgermeister der Stadt Wiesbaden auf die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren bestatigt.

Der Pfarrer an der Neustädter Gemeinde in Notenburg, Metropolitan der dortigen Pfarreilasse, Rommel, ist zum Dekan des Notenburgs Stifts ernannt worden. Am Schullehrer-Seminar zu Braunschweig ist der Privatdozent Dr. Krause beim Lyceum daselbst als Erster Lehrer angestellt worden.

Bei dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist der Kanzlei-Diätarius Siebrecht zum Geheimen Kanzlei-Sekretär ernannt.

### Politische Ueberficht.

Posen, 27. Juli.

Wie der „Nat.-Ztg.“ berichtet wird, haben die Gesetze über die Revision der Verwaltungsreform bis jetzt noch nicht die Genehmigung des Kaisers erhalten. Sie kursiren noch in den Ministerien zur Begutachtung, werden aber voraussichtlich schon in der nächsten Woche nach Gafteln gesendet und Sr. Majestät zur Vollziehung unterbreitet werden, so daß sie mit Anfang August in der Gesetzesammlung publizirt werden dürften.

Von einigen Mitgliedern der bayerischen Abgeordneten-Kammer wird, wie die „M. Allg. Ztg.“ vernimmt, beabsichtigt, die Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen in der Pfalz bei dem bevorstehenden Landtage durch einen hierauf bezüglichen Antrag in Anregung zu bringen. Es soll dies unmittelbar nach dem Wiederbeginne der Thätigkeit der Kammer zu Ende September geschehen.

Ueber eine angelegte „mildere Praxis in der Mischehen-Frage“ berichtet die „Schles. Ztg.“:

Im Juli vorigen Jahres hatte, wie noch erinnernlich sein wird, der Fürstbischof von Breslau einem Landrat katholischer Bekenntnisses, welcher sich mit einer Dame protestantischer Konfession verheirathen wollte, die kirchliche (katholische) Trauung lediglich um deswillen versagt, weil der Einsegnung der Ehe durch den katholischen Geistlichen auch noch die Einsegnung durch einen Geistlichen des Bekenntnisses der Braut folgen sollte. Neuerdings scheint nun die Praxis in Betreff der Mischehen auf katholischer Seite auch in der Breslauer Diöcese wieder eine mildere geworden zu sein, wenigstens wird an dem Grundsatze, die Trauung katholischerseits zu verweigern, wenn aus Rücksicht auf den anderen, protestantischen Theil auch die Einsegnung der Ehe durch einen evangelischen Geistlichen stattfinden soll, nicht mehr in allen Fällen festgehalten. Wie wir nachträglich erfahren, ist im Mai d. J. in Berlin die Ehe eines katholischen Offiziers — von einem ober-schlesischen Infanterie-Regiment — mit einer protestantischen Dame zunächst in der katholischen Kirche durch einen Geistlichen derselben (nicht durch den Militärgeistlichen) und in der Kirche der Braut durch einen evangelischen Seelsorger eingegesegnet worden.

Es wird zunächst abzuwarten bleiben, meint hierzu die „N. Z.“, ob kirchlicherseits nicht, wie es in ähnlichen Fällen schon geschehen ist, die Verechtigung des katholischen Geistlichen, die Trauung unter solchen Umständen vorzunehmen, nachträglich bestritten wird. Aber auch falls dies nicht geschieht, bleibt fraglich, ob man es nicht nur mit einer Ausnahme zu thun hat; die römische Kirche versteht bekanntlich sehr gut, Ausnahmen zu machen, wenn sie dafür besondere Gründe hat.

Von einem dem Anschein nach Herrn v. Schlözer nahestehenden Korrespondenten geht der „Schles. Ztg.“ folgende Mittheilung aus Rom zu:

Im Vatikan hatte man gehofft, Herr v. Schlözer werde in seiner Urlaubsbüdiens wenigstens eine annehmbare Erklärung für das Nichtetretten einer Antwort Preußens auf die Juni-Note der Kurie geben. Der Paps selbst hat sich, wie man hört, dem Gesandten gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen. Herr v. Schlözer erwiderte jedoch, daß er in dieser Beziehung nicht Auskunft zu ertheilen vermöge und daß er das Motiv des Schweigens seiner Regierung nicht kenne. Diese Entgegnung, welche von bestimmter Seite verübt wird, ist in den hohen kirchlichen Kreisen sehr bemerkt und vielfach kommentirt worden. Die Enttäuschung über die betr. Aeußerung spiegelt sich übrigens in der lakonischen Note, mit welcher die vatikanischen Blätter ihren Lesern die Audienz des Herrn v. Schlözer melden, deutlich wieder. Man denkt es dem Reichskanzler schwer, daß er seine Schweigensfamlkeit gegenüber den letzten beiden Noten Jacobini's nicht einmal pro forma entschuldigen ließ. Diese ostentative Reserve ist für die augenblickliche Situation sehr charakteristisch. Eine der letzten Unterredungen zwischen Herrn v. Schlözer und dem Kardinal-Staatssekretär Jacobini war insofern bedeutsam, als der Gesandte sich lebhaft über das offene Mißtrauen beklagte, welches die Kurie dem Staat entgegenbringe, insofern sie für die versprochenen Gesezreformen noch besondere Garantien verlange. Der Kardinal ertheilte darauf eine ausweichende Antwort, mit welcher die bisherigen Negotiationen gewissermaßen abgeschlossen wurden. Unter günstigen Eindrücken hat Herr v. Schlözer unter diesen Umständen die ewige Stadt nicht verlassen. Von den Instruktionen, welche er auf Grund persönlichen Vortrages beim Reichskanzler von diesem erhält, wird es abhängen, ob die diplomatischen Pourparlers im Herbst überhaupt wieder angeknüpft werden.

Die neuesten französischen Berichte aus Madagaskar stellen eine baldige Lösung des dortigen Konflikts in Aussicht, nachdem zwischen der Regierung der Königin von Madagaskar und dem Admiral Pierre Unterhandlungen angeknüpft

worben seien. Die Einnahme von Tamatave und die Besetzung der sämtlichen Buchten an der nordwestlichen Küste der Insel haben die Howas jedweden Verkehrs beraubt. Im Innern gebe es keine Landstraßen, worauf die Güter nach den Häfen der südlichen Küste gebracht werden könnten; außerdem wären die Howas genöthigt, sich auf dem Gebiete verschiedener Stämme festzusetzen, mit welchen sie bisher stets in Fehde gestanden. Man hofft, daß die madagassische Regierung, um die Aufhebung der Blokade von Tamatave zu erwirken, sich dazu verstehen wird, den Artikel des Vertrags von 1868 zu bestätigen, welcher den Ausländern gestattet, auf der Insel Grundeigenthum zu besitzen. Gerade dieser Artikel war es, um welchen die Unterhandlungen der Howas in Paris sich drehten, und in Bezug auf den die Königin durchaus kein Zugeständniß machen wollte. Das rasche und energische Verfahren des Admiral Pierre — so wird rühmend betont — habe auf die Howas einen tiefen Eindruck gemacht. Es wird abzuwarten sein, ab und in wie weit dieser optimistische Bericht den Thatfachen entspricht.

Die Cholera ist nunmehr auch in Alexandrien eingezogen. In der Nacht vom 24. zum 25. Juli starb ein Deutscher an der Seuche und das „Neuer'sche Bureau“ vom 26. meldet weitere zwei Todesfälle. Wie die „N. Z.“ zu berichten weiß, wird, auf Veranlassung Dr. Kulps, des Vertreters Deutschlands im Gesundheitsrath zu Alexandrien, am Dienstag eine Sitzung stattfinden, in welcher die folgenden Vorschläge zur Berathung gelangen sollen: 1) sollen alle nach Europa reisenden Personen, so lange die Epidemie herrscht, einer ärztlichen Untersuchung unterzogen und den Kranken- und Krankheitsverdächtigen verboten werden, das Land zu verlassen; 2) alle Ankömmlinge aus Indien der Quarantäne zu unterwerfen. Der Vertreter Oesterreichs soll, wie es heißt, noch weiter gehen und verlangen, daß aus Indien niemand zugelassen werde, der nicht in Suez die Quarantäne überstanden hat. Die Engländer geben sich jedoch noch der Hoffnung hin, daß dies nicht der Anschauung der österröichischen Regierung entspreche und daß der Antrag darum fallen werde. — In Konstantinopel ist die Quarantäne-dauer für nicht verdächtige egyptische Provenienzen auf 14, für verdächtige auf 20 Tage ausgedehnt worden. Außerdem tritt eine 24stündige Observation in den Darbanelen ein. — Die Kopslosigkeit und Panik in Kairo ist maßlos. Der „Times“ wird darüber geschrieben:

Die Lage in Kairo ist sehr ernst. Unordnungen sind entstanden infolge des Konflikts zwischen dem Volke und dem Korbon. Der Polizeipräsident insultirte den Oberst Prescott und zeigte sich im Allgemeinen feindselig gegen alle sanitären Vorsichtsmaßregeln. Der Präsident wurde folglich entlassen, allein die Apathie und Unwissenheit der Beamten vom höchsten bis zum niedrigsten sind ebenjo gefährlich als offene Opposition. Ungeachtet der erwiesenen Kopslosigkeit und Grausamkeit der Sperrgürtel widersetzt sich Scherif Pascha deren Wäberung auf das Entschiedenste und erhebt den alten Ruf der Ablehnung von Verantwortlichkeit für die Folgen, während er in Alexandrien die Zeit verhandelt mit der Erörterung des Sudan-Eisenbahnprojekts und anderer Pläne, die, so wichtig dieselben auch sein mögen, nicht dringlich sind. Mittlerweile lassen glaubwürdige Berichte aus dem Innern ersehen, daß die administrative Anarchie fast unglücklich ist. Jeder Beamter trachtet darnach, irgend einem Anderen entgegenzuarbeiten, und freut sich über jedes Unglück, dessen Ursache er seinem Rivalen zuschreiben hofft. Der Midir von Mansurah und möglicherweise einige Andere bilden Ausnahmen, aber von einem Ende des Landes bis zum anderen, von Scherif Pascha bis zu dem gemeinsten Efenbi abwärt's haben sich Land und Volk als über alle Erwartung hinaus einer Selbstregierung unfähig erwiesen. Es darf mit Sicherheit gesagt werden, daß die Unannehmlichkeiten und Grausamkeiten von Ismail's 13jähriger despotischer Herrschaft die der letzten vier Monate versuchsweiser Selbstregierung nicht überfliegen.

Auch der „Standard“ erhält Berichte ähnlicher Art. Handel und Wandel liegt darnieder, wer kann, flieht.

### Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 26. Juli. Von einer allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse kann man in diesem Augenblick wohl noch nicht sprechen, und schon bemüht sich die gesammte schutzöllnerische und konservative Presse von dem „Deutschen Reichs- und Rgl. Preussischen Staatsanzeiger“ bis herab zum kleinsten Kreis- und Wochenblättchen die esomptirte allgemeine Hebung als eine Folge der schutzöllnerischen Bestimmungen des Zolltarifs von 1879 darzustellen. Glücklicherweise hat ein hervorragendes Mitglied der deutsch-konservativen Partei des Reichstags aus Pommern, Freiherr von Maljahn-Gülz, sich das Verdienst erworben, einer solchen Ausbeutung von vornherein einen Riegel vorgeschoben zu haben. Bei der ersten Berathung des Zolltarifs hielt er am 6. Mai 1879 im Reichstag eine Rede (Sten. Ver. S. 1012—1017), in welcher er wörtlich sagte:

„Nun, m. H., der Hoffnung kann ich mich ja nicht hingeben, daß es meiner Beredsamkeit, oder daß es überhaupt der Beredsamkeit derjenigen Herren, welche meiner Ansicht nahe stehen, gelingen werde, den ganzen Tarif umzugestalten, uns von dem ersten Schritt rückwärts, den wir zu thun im Begriff sind, vollständig zurückzuhalten. Gegen ein solches Vorhaben habe ich heute hier von vornherein Verwahrung einlegen, und ich treue mich in dieser Beziehung, auch auf Seiten meines wirtschaftlichen Gegners, des letzten Herrn Vorredners (Dr.

Löwe-Galbe), dem gleichen Gedanken begeben zu sein. M. H., wenn Sie die Neuordnung unseres Tarif- und Steuerwesens ins Werk gesetzt haben, dann wird, das hoffe ich mit Sicherheit, auch eine Besserung des wirtschaftlichen Zustandes eintreten. Sie wird eintreten, weil einestheils wir überhaupt, wie ich glaube, dem niedrigsten Nothnabegelommen sind; sie wird ferner eintreten, weil, mag die Entscheidung über alle diese Fragen ausfallen, wie sie wolle, die einfache Thatsache, daß die Fragen entschieden sind, eine Veruhigung des Landes herbeiführen wird und das Gewerbe, welches augenblicklich nicht zum geringsten Theil durch die Ungemüßheit geschädigt ist, zu erneuten Anstrengungen anspornen wird. Diese Besserung wird aber eintreten, mag der Tarif, den Sie beschließen, mehr oder weniger schutzöllnerisch, mehr oder weniger freihändlerisch sein. Ich lege von dieser Stelle ausdrücklich Verwahrung dagegen ein, daß, wenn eine Besserung der Zustände eintreten sollte, man uns etwa dann sagen wolle, es sei dies eine Folge der schutzöllnerischen Bestimmungen des Tarifs gewesen.

Die Rede des Freiherrn v. Maljahn-Gülz ist auch sonst bemerkenswerth. Derselbe führte überzeugend aus, daß die Landwirtschaft bei dem Tarif in jedem Falle die Geprellten sein würden. Er stimmte zwar für die Kornzölle, aber nur „nothgedrungen und ungen“; denn davon sei er allerdings überzeugt, „daß ein jeder, auch der kleinste Zoll schließlich im Preise der Waare sich ausdrückt.“ Eine Verbindlichkeit für die Zukunft ging Freiherr v. Maljahn-Gülz mit folgenden Worten ein: „Wenn ich aber wirklich für Kornzölle stimmen sollte, so geschieht dies in der ganz bestimmten Hoffnung, daß, wenn später die Agitation gegen diese Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse des Volkes, die zweifellos eintreten wird, anfängt und die Kornzölle wieder fortschafft, daß sie dann bei dieser Gelegenheit einen Theil der Schutzölle der Industrien ebenfalls mit fortschwenken wird.“

S. Der Kaiser wird während der Manöver des IV. Armee-Korps mit seinen hohen Gästen, dem Könige Alfonso von Spanien und dem Großfürsten Wladimir von Rußland im Schlosse zu Merseburg Wohnung nehmen. Der große sogenannte russische Zapfenstreich wird am 13. September Abends von 1000 Hautboisten, Trompetern, Pfeifern und Tamborren bei Fadelbeleuchtung auf dem Schlosplatz geschlagen werden. Des beschränkten Raumes wegen werden die fremdherlichen Offiziere nicht in Merseburg, sondern in Naumburg einquartiert sein. Die Oberpostdirektion stellt für Letztere über 100 Extraposten, während für den Kaiser, die hiesigen und fremden Fürlichkeiten die betreffenden Hofequipagen aus dem königl. Marfiall hinge-schafft werden. Während der Dauer der Manöver wird eine Eisenbahn-Linienskommission, bestehend aus höheren Offizieren und Bahnbeamten eingesetzt werden.

— Wegen ihres immer noch unbefriedigenden Gesundheitszustandes hat der „E. S.“ zufolge die Königin Victoria von England ihre Reise nach dem Kontinent aufgegeben und ist heute mit dem Hofe nach Osborne übergesiedelt.

— Gestern ist bereits dem Verbandsbureau der deutschen Gewerksvereine eines der polizeilich beschlagnahmten Aktienstücke zurückgegeben worden.

—Ue. Der Bescheid, welchen der Minister des Innern auf die Beschwerde des liberalen Vereins im Wahlkreis Liebenwerda-Torgau wegen der langen Verzögerung der Ersatzwahl zum Reichstage ertheilt hat, ist geeignet, im höchsten Maße zu befremden. Mit der Vorschrift des Wahl-reglements, daß, wenn der Reichstag eine Wahl für ungültig erklärt, die zuständige Behörde „sofort“ eine neue Wahl zu veranlassen hat, ist es nach der Auffassung des Herrn v. Puttkamer sehr wohl verträglich, daß die Wahl des Abg. Clauswitz bereits am 13. Februar vom Reichstage für ungültig erklärt wurde und daß es gleichwohl „zur Zeit also — Ende Juli — noch nicht angängig erscheint, den Tag der demnächstigen Ersatzwahl schon jetzt definitiv festzusetzen.“ Und diese Auffassung begründet der Minister damit, daß die Frist, innerhalb deren solche Ersatzwahlen vorzunehmen seien, gesetzlich oder reglementarisch nicht festgestellt sei. Man muß in der That erstaunen, wie ein Wort, dessen Bedeutung bislang Niemandem zweifelhaft schien, so elastisch gedeutet werden kann, wie dieses „sofort“. Unseres Erachtens sagt dasselbe so präzis, was geschehen soll, daß es weiterer gesetzlicher oder reglementarischer Fristbestimmungen in keiner Weise bedarf, und mit einer Auslegung, welche die angeführte Bestimmung einfach als inhaltslos oder als überhaupt nicht vorhanden hinstellt, wird man sich schlechterdings nicht beruhigen können. Erwägungen wegen der Möglichkeit für die landwirtschaftliche Bevölkerung, sich an der Wahl zu betheiligen, würden vor dem Beginn der Feldarbeiten nicht haben Platz greifen können. Und wenn der Minister darauf hinweist, daß der Wiedereintritt des Reichstags nicht in naher Aussicht stehe, so mag auch dies bei einer weiteren Hinausschiebung der Wahl allenfalls mit in Betracht kommen können, aber es entschuldigt doch in keinem Falle, daß man dem betreffenden Wahlkreise nicht die Möglichkeit gegeben hat, noch für den letzten Theil der beendigten Session einen Vertreter in den Reichstag zu senden. Doch auch jetzt liegen





